



Impulsreferat zur Podiumsdiskussion „Bildung macht reich“ des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung

am 17.06.2009 in Berlin

Das Thesenpapier „Bildung macht reich“ beschreibt die **Wirkungen von Bildung** für den/ die **Einzelnen**, für die **Volkswirtschaft** und für die **Gesellschaft** insgesamt. Es unterstreicht dabei die zentrale Bedeutung von Bildung und belegt, dass wir Recht hatten, als wir in unserem **Regierungsprogramm** einen zentralen Schwerpunkt auf das Thema Bildung gelegt haben.

Bildung ist ein Menschenrecht, so heißt es in unserem Programm. Faire Bildungschancen für alle sind die Voraussetzung für echte Chancengleichheit. Deshalb muss jeder Jugendliche die Chance auf einen Schul- und Ausbildungsabschluss bekommen.

Je mehr Bildung, desto besser die Beschäftigungschancen, desto geringer die Gefahr von Arbeitslosigkeit und desto höher das spätere Einkommen für jeden Einzelnen.

Je mehr Bildung, desto höher die Produktivität, desto stärker die Innovationskraft und das Wachstum unserer Wirtschaft.

Und schließlich: Je mehr Bildung, desto stärker die politische Beteiligung und desto stabiler damit unser demokratisches Gemeinwesen.

Die derzeitigen Zahlen von Jugendlichen ohne Schulabschluss sind dramatisch und dürfen uns keine Ruhe lassen. Wir müssen dringend mehr Chancen zur nachholenden Qualifizierung schaffen. Eine wichtige Forderung in diesem Zusammenhang ist der Rechtsanspruch auf den nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses.

Immer noch sind zu viele Jugendliche ohne Ausbildung. Selbst im Ausbildungsjahr 2007/2008, als die Wirtschaftskrise noch nicht bei uns angekommen war, klappte der Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung mitnichten immer reibungslos. Zu viele Jugendliche befinden sich seit Jahren in sinnlosen Warteschleifen und hangeln sich von Maßnahme zu Maßnahme.

Einen traurigen vorläufigen „Rekord“ mussten wir im Sommer 2007 verzeichnen, als die sogenannten Altbewerber mit 385.000 rund die Hälfte der Lehrstellenbewerber eines Jahrgangs ausmachten. In diesem Jahr wird sich die Situation aufgrund der **Finanz- und Wirtschaftskrise** sicherlich noch verschärfen.

So deuten die bisher vorliegenden Daten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Berufsberatungsstatistik der BA darauf hin, dass 2009 weniger Betriebe als im Vorjahr Ausbildungsplätze anbieten.

Deshalb ist es richtig, dass Olaf Scholz den Druck nicht aus dem Kessel nimmt: Die Zielmarke lautet 600.000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Jedem Jugendlichen soll ein Angebot auf Ausbildung gemacht werden. Weder die Wirtschaftskrise noch der demografische Wandel dürfen eine Entschuldigung dafür sein, dass Betriebe ihre Ausbildungsanstrengungen zurückfahren.

Die Bundespolitik hat eine Reihe von Förderinstrumenten geschaffen, z.B. den **Ausbildungsbonus** (4000, 5000 oder 6000 € je zusätzlichem Auszubildenden), der die **Ausbil-**

dung von Altbewerbern und jetzt in der Krise auch **von sogenannten Insolvenzlehrlingen** (ein schrecklicher Begriff) **fördert**.

Oder das Instrument der **ausbildungsbegleitenden Hilfen** für benachteiligte Jugendliche oder die **betriebliche Einstiegsqualifizierung** (Zuschüsse zur monatlichen Vergütung bis 212 Euro), die der Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit dient.

Und ein ganz neues Instrument habe ich mir gerade vor Ort im WK angeschaut: das Angebot der **Berufseinstiegsbegleitung**, das Schüler/innen beim Übergang von der Schule in die Ausbildung hinein unterstützt.

So weit zu den Vorleistungen der Politik, die auch eine Antwort auf die Klagen der Unternehmen über die **mangelnde Ausbildungsreife** von Schulabgängern ist. Wir demonstrieren damit, dass wir diese Klagen ernst nehmen. Aber natürlich sind die Betriebe trotzdem gefordert, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und auch in der Krise in die Ausbildung junger Menschen zu investieren. Und wir helfen dort, wo wir können.

Der Bund hat zur Unterstützung der Länder darüber hinaus ein 4 Mrd. Ganztagschulprogramm aufgelegt, damit mehr Zeit für die individuelle Förderung der einzelnen Schülerinnen investiert werden kann.

Dass dafür auch eine bessere Ausstattung der Schulen – und zwar sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht - vonnöten ist, fordert die SPD schon seit langem. In unserem Regierungsprogramm steht, dass es unser Ziel ist, bis 2015 mindestens 7 % des BIP für Bildung zu investieren.

Schulen, die besondere Integrationsleistungen erbringen, müssen besondere Unterstützung erfahren, z.B. durch die Zuteilung von Sozialarbeitern.

Wir brauchen vor Ort aber auch mehr Kontakte und engere Kooperationen zwischen Betrieben und Schulen. Das klappt punktuell bereits recht gut, insbesondere in Branchen, in denen der Fachkräftemangel bereits greifbar ist. Dort ist das Eigeninteresse der Betriebe natürlich am größten.

Es wäre aber gut, wenn sich generell Betriebe und Wirtschaftsverbände stärker als bisher engagierten und nicht nur vereinzelt, sondern flächendeckend - z.B. auch in „schwierigen Stadtteilen“ - den Kontakt zur Schule suchten. Dies bedeutet natürlich auch, dass die Schulen offen für Kooperationen sein und auf Betriebe zugehen müssen.

Immer mehr Betriebe setzen bei solchen Kooperationsprojekten auch auf ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die kurz vor der Rente stehen, oder auf ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits im Ruhestand sind.

Dabei entsteht eine win-win-Situation: Es sind tolle Erfahrungen für die Schülerinnen und Schüler und häufig befriedigende Erlebnisse für die beteiligten älteren Menschen. Besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind solche Projekte wegweisend. Und damit wird auch der Grundstein für ehrenamtliches Engagement nach dem Beruf gelegt wird.

Schulunterricht profitiert von mehr Praxisbezug und Berufsorientierung. Je konkreter und lebensnäher, desto besser. Derzeit hängt noch viel von einzelnen Akteuren und ihrem Engagement vor Ort ab. Diese Best-Practice-Projekte müssen aber verstärkt in die Breite getragen werden.

Dass natürlich auch die Curricula auf die Lebenswirklichkeit der jungen Menschen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausgerichtet werden müssen (Stichwort Berufsorientierung) und die Ausbildung der Lehrkräfte sich entsprechend verändern muss, ist dabei selbstverständlich.

Und dazu gehört, dass Ausbildungsberufe kontinuierlich modernisiert und neue Ausbildungsberufe eingeführt werden müssen, die die berufliche Wirklichkeit widerspiegeln. Dabei ist es entscheidend, dass wir die Ausbildungsberufe noch stärker am künftigen Fachkräftebedarf ausrichten. Zwar brauchen wir weiterhin eine breite Grundausbildung, müssen aber auch verstärkt Spezialisierungen ermöglichen, um Innovation und technischen Fortschritt zu forcieren.

Abschließend noch eine Bemerkung zu dem **5 Punkte-Aktionsplan des DIHK und des ZDH zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation**, der gestern veröffentlicht wurde. Damit wird u.a. die **Vermittlung von Auszubildenden aus insolventen Betrieben** an andere Betriebe unterstützt, **für ausbildungsbegleitende Hilfen** und **für Verbundausbildung** geworben. Ich finde diese Initiative grundsätzlich gut, da auch sie der Rekrutierung zusätzlicher Ausbildungsplätze dient und damit zusätzliche Chancen für junge Menschen bietet. Ob sie allerdings ausreichend und verbindlich genug ist, um das Problem zu lösen, bleibt abzuwarten.